

editorial: flucht & asyl

Flucht ist eine Reaktion auf Gewalt. Während in der gesamten Menschheitsgeschichte Menschen vor Menschen, Tieren oder Naturkatastrophen geflohen sind, ist ihre Kategorisierung als ‚illegale‘ oder ‚legale‘ Einwanderer, Flüchtlinge, Asylant*innen, Vertriebene, Displaced Persons, Evakuierte, Internierte, sind Reisepässe, Konventionalpässe, Visa, Aufnahme- und Flüchtlingslager Erfindungen des 20. Jahrhunderts. Gefängnisse für Geflüchtete entstanden erst unlängst in der Europäischen Union, in Ungarn, Bulgarien und Griechenland, und auch an der EU-Außengrenze zwischen Serbien und Ungarn, in Folge der EU-Politik auch in der Türkei, im libyschen Tripolis und anderswo. Einige dieser Gefängnisse schaffen Bedingungen der permanenten Entrechtung und Entwürdigung. Staatsregierungen in der Europäischen Union und die Europäische Kommission tragen Mitverantwortung für die systematische Verletzung der Menschenrechte.¹

Historiker*innen, Politik- und Rechtswissenschaftler*innen und Soziolog*innen untersuchen diese verhängnisvollen Entwicklungen als Folgen kriegerischer, teilweise auch globalisierter Konflikte, regionaler Armut, ökologischer Katastrophen und westlicher *Gouvernementalität*.² Immer deutlicher unterscheiden sich Fluchten und Fluchtmigrationen aus den Kriegs- und Krisengebieten der Welt von anderen Migrationen im 19., 20. und 21. Jahrhundert. Aber nicht alle, die sich innerhalb eines Landes oder über Landes- und Kontinentalgrenzen bewegen, sind auf der Flucht. Sehr oft koppeln sich Phasen der Migration an Phasen der Flucht und umgekehrt. Dann sprechen wir von ‚Fluchtmigration‘. Genau davon wird in diesem Band ausführlich die Rede sein.

Die seit den 1930er Jahren entwickelten Theorien, Konzepte und Begriffe der Migrationssoziologie – Assimilation, Absorption, Akkulturation, Integration³ u. a. – passen für die rezenten Formen der Flucht und der Fluchtmigration nur bedingt oder stellen sich im Licht neuer empirischer Studien als zu normativ, mechanistisch, linear und unterkomplex heraus. Eine überwiegend junge Generation von Kultur- und Sozialwissenschaftler*innen stellt neue Fragen und erörtert ältere Fragen der Migrationssoziologie angesichts rezenter Entwicklungen von einem weni-

Reinhard Sieder, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Universität Wien, Universitätsring 1, 1010 Wien, reinhard.sieder@univie.ac.at

ger staatsnahen Standpunkt und somit in einer neuen und vornehmlich qualitativen Perspektive: Was genau veranlasst Menschen zur Flucht? Welche Seiten des Menschen – körperliche, psychische, mentale, kognitive, professionelle – werden dabei beansprucht? Wie unterscheidet sich das subjektive Erleben der Flucht vom Erleben anderer Formen der Migration? Und welche besonderen objektiven und subjektiven Aspekte kennzeichnen das (politische) Asyl bzw. den subsidiären Schutz der *Europäischen Union* (EU) im Unterschied zur Aufnahme von Migrant*innen in klassischen Einwanderungsländern? Wie bewältigen Frauen, Männer, Kinder und Jugendliche, letztere oft ‚unbegleitet‘, die Flucht bzw. die Fluchtmigration, das Asyl, die Internierung oder die Rückschiebung? Auf welche Weise und mit welchen Auswirkungen auf ihre Lebensführung fügen sie ihr Erleben autobiographisch in die Vorstellung von ihrer Geschichte und in den Plan für ihr weiteres Leben ein? Neu sind aber auch folgende Fragen: Wie gehen die ‚Einheimischen‘ mit Geflüchteten um? Was ängstigt sie oder weckt ihre Abwehr oder erzeugt verdeckte und offene Aggression? Und nicht zuletzt: Was meint aus der Sicht der Regierungen der aufnehmenden Staaten und ihrer Bürger*innen die ‚Integration‘ von Geflüchteten?

Die Leitidee der Migrationsforschung des 20. Jahrhunderts war die möglichst rasche Integration aller Zuwander*innen. Einer ihrer besten Theoretiker, Shmuel N. Eisenstadt, untersuchte die Einwanderung in den neu gegründeten Staat Israel. Er sprach selten von Integration, aber ausdrücklich von *Absorption*. Diese allerdings vollziehe sich nicht, wie Pioniere der Migrationssoziologie vor ihm dachten und schrieben, in einer *irreversiblen* und linearen Abfolge von drei oder mehr Phasen. Eine vollständige Absorption hielt Eisenstadt für den ungewöhnlichsten und höchst seltenen Fall, dennoch hielt er an der Idealvorstellung einer gänzlichen Absorption des Fremden zugunsten der Staats- und Nationsbildung fest.⁴ Dieses Ideal bestimmt bis heute den gouvernementalen Diskurs. Für rezente Fluchten und Fluchtmigrationen aus Kriegs- und Krisengebieten kann dieses Ideal nicht ohne weiteres gelten. Zu spezifisch und vielfältig sind ihre Gründe und Formen, die sozialen, ökonomischen und psychischen Bewältigungsstrategien der Flüchtenden und Geflüchteten, aber auch die Maßnahmen der staatlichen und suprastaatlichen Flüchtlingspolitik und die Hilfsbereitschaft, aber auch die Bedenken und Ängste der aufnehmenden Gesellschaft. Die Besonderheiten durch empirische Forschung herauszuarbeiten und in den politischen Diskurs einzubringen ist die Aufgabe, die wir uns bei der Vorbereitung dieses Band gestellt haben.

Da sich Flucht, wie gesagt, vor allem durch ihren konstitutiven Konnex mit staatlicher, militärischer oder terroristischer Gewalt oder mit ökologisch erzeugten

Bedrohungen des Lebens von anderen Migrationsformen unterscheidet, treten das Menschenrecht auf Flucht vor Gewalt und Bedrohung und das Recht auf politisches Asyl in den Vordergrund. Die im Migrationsdiskurs stets mitgeführte Debatte über den volkswirtschaftlichen Nutzen der Zuwanderung verliert bei Flüchtenden an Gewicht. Der Gedanke der Rettung ihres Lebens tritt hervor. Gleichwohl ist im politischen wie im wissenschaftlichen Diskurs die Vermischung der Flucht mit anderen Migrationsformen zu beobachten. Nicht immer ist dies nur eine Unschärfe des Denkens. Zuweilen werden die Unterschiede absichtsvoll verwischt, um das Menschenrecht auf Flucht und Asyl zu torpedieren. Das sogenannte Flüchtlingsproblem erweist sich – in einer entfernten Parallele zum sogenannten Judenproblem der 1920er und 1930er Jahre – in erster Linie als ein Problem des ethnisierten und latent rassistischen und chauvinistischen Nationalstaates und der durch die Agenturen der nationalpolitischen Erziehung erzogenen Staatsbürger*innen.

Eine der meistdiskutierten Fragen der klassischen Migrationssoziologie wie der heutigen Debatten über das sog. Flüchtlingsproblem war und ist, wieviel kulturelle Vielfalt ein Staat und die Sozietät seiner Bürger*innen aushalten und gutheißen kann. Die Wissenschaften von der Gesellschaft und ihrer Geschichte haben daran erhebliche und heterogene Anteile. In der strukturfunktionalistischen Soziologie Talcott Parsons', beispielsweise, galt Kultur als ein hegemoniales System, das alle anderen großen Systeme (Wirtschaft und Politik) und die kleinen sozialen Systeme (wie die Familie) mit generalisierten und konsensualisierten Werten ‚versorgt‘. Kultur galt als die einigende Kraft, die den Zusammenhalt (Kohäsion) der ‚Gesellschaft‘ (das System aller Systeme) sicherstellt. Daher schien es naheliegend, alle Zuwander*innen ungeachtet der Art ihres Eintritts in die Aufnahme-gesellschaft unter das Gebot der ‚kulturellen Integration‘ zu stellen. Die von Parsons auf die Ebene einer expliziten Theorie gehobene Vorstellung von in sich geschlossenen kulturellen Systemen gilt seit den 1980er und 1990er Jahren als überholt. Seither gehen zumindest viele Kulturwissenschaftler*innen davon aus, dass Kulturelles (alle Bedeutungen, die sich in Sprache und anderen Zeichensystemen symbolisieren wie auch der Streit um diese Bedeutungen) an *jeder* menschlichen Interaktion haftet, im Alltagsleben und in der ‚hohen Kultur‘. Das Kulturelle erscheint somit als ein Aspekt des Modus Vivendi, der sich in jeder Interaktion von Menschen manifestiert. In ihren Begegnungen handeln Menschen gemäß der (kulturellen) Bedeutung, die sie den Objekten ihres Handelns (Menschen, Tieren, Pflanzen, Gärten, Landschaften, Artefakten und anderen, anorganischen Dingen) geben. In jeder Interaktion wird die Annahme einer selbst gegebenen Bedeutung, der Respekt vor Bedeutungen, die für andere gelten, oder die Zurückweisung einer Bedeutung realisiert. Insofern ist das Zusammenleben der Menschen stets kulturell konfliktiv und moralisch-

ethisch herausgefordert, die Andersheit anderer Menschen und aller anderen Lebewesen zumindest zur Kenntnis zu nehmen und möglichst zu respektieren.

Ob die Gesellschaft kulturelle Vielfalt in sich tragen kann, ist also nicht (mehr) die Frage, denn sie ist immer schon von kultureller Vielfalt geprägt und erzeugt ihre Vielfalt unaufhörlich selbst. Auf einige Tausend Geflüchtete, die die kulturelle Vielfalt ein wenig erhöhen, kommt es dem Grunde nach nicht an. Jedoch stellen sich angesichts der großen Migrations- und Fluchtbewegungen neue Fragen von hoher Dringlichkeit: Wie können die Einheimischen lernen, mit noch ungewohnten Aspekten der Vielfalt umzugehen? Ist ihnen zuzutrauen, die kulturelle und phänotypische Andersheit der in ihre Sozietät Geflüchteten anzuerkennen und zu respektieren? Und umgekehrt dürfen und müssen wir fragen: Respektieren die angekommenen Geflüchteten die den Einheimischen wichtigen Werte? Verwirken sie ihr Recht auf Asyl, wenn sie diese Werte dezidiert nicht respektieren, ja sie sogar bekämpfen?

In diesem Zusammenhang wird in der kulturwissenschaftlichen Forschung erörtert, ob ein Mensch oder eine Menschengruppe denn überhaupt einer distinkten ‚Kultur‘ angehört, und ob nicht jeder Mensch und jede Menschen-Gruppe (etwa eine Familie oder eine Gemeinde) mehrere und verschiedene kulturelle Einflüsse in sich tragen. Ist ein Mensch und ist eine Sozietät von Menschen jemals kulturell homogen?⁵ Wenn Geflüchtete aus Weltregionen mit anderen normativen Vorstellungen und Praktiken in einem europäischen oder nordamerikanischen Land eintreffen, gelangen sie an einen Ort, der wie ihr Herkunftsland – nehmen wir Syrien oder Afghanistan – seit langem kulturelle Vielfalt kennt. Warum aber dann die Abwehr und die Feindseligkeit gegenüber Geflüchteten?

Statt den im 20. Jahrhundert noch unstrittigen westlich-modernen gouvernementalen Master-Plan der Integration aller Fremden im Nationalstaat weiterzuschreiben haben die Sozial- und Kulturwissenschaften heute einen umstrittenen Part. Sie sind Partei in einem Bedeutungskampf, in einem Lern- und Gestaltungsprozess des europäischen, nordamerikanischen und pazifischen Westens, in den die Regierungen und die Bürgerschaften der Staaten zu unterschiedlichen Zeitpunkten, mit verschiedenen Ressentiments und politischen Strategien eingetreten sind. Was für die Bürger*innen demokratisch-republikanischer Staaten ansteht, ist *die Revision* der Vorstellung, eine kulturell homogene, klar von anderen Gesellschaften abgrenzbare Gesellschaft zu bilden. In den letzten Jahrzehnten wuchs die *Modernitätsdifferenz* zwischen der politischen und der sozialkulturellen und sozioökonomischen Verfassung: Die politischen Konzepte des 19. Jahrhunderts, allen voran die Konzepte des (ethnisierten) Nationalstaates und nationalstaatlicher Regierungen sind ebenso

wie die Vorstellung einer ‚nationalen‘ Wirtschaft der kulturellen Vielfalt und dem sozioökonomischen und soziokulturellen Weltzusammenhang nicht angemessen. Umso erstaunlicher, dass völkisches Denken erneut Konjunktur hat und sogar ehemals marxistische bzw. historisch-materialistische Denker den europäischen Nationalstaat gegen die „Flüchtlingsflut“ verteidigen und in Spenglerscher Manier den Untergang des Abendlandes an die Wand malen.⁶ Wir hingegen hoffen und meinen, dass demokratische Staatenbünde (wie im Ansatz die EU), die apriori ethnisch-kulturelle und sprachliche Vielfalt und einen transnationalen Wirtschaftsraum organisieren, eher als der Nationalstaat geeignet sind, Vielfalt demokratisch zu verwalten. Wieso kam es zu dieser Modernitätsdifferenz? Und wie könnte sie abgebaut werden? Wo stehen wir heute? Wenn man dem Anschein der Hilfsgemeinschaften im Herbst 2015 an den Grenzübergängen und auf den großen Bahnhöfen trauen darf, waren es im soziologischen Sinn Bürger*innen und Kinder von Bürger*innen, die erstmals eine emphatische „Willkommenskultur“ schufen, also schon dem Namen nach etwas erzeugen und ausdrücken mussten, was so vorher nicht oder nur in schwachen und kurzlebigen Formen bestand.

Nach einer langen Schrecksekunde artikulierten sich Bürger*innen gegen den „Zustrom“ an „Fremden“, insbesondere weil es nicht mehr gelang, auch nur ‚die Identität‘ der Ankommenden festzustellen. Dies triggerte alte, vielleicht atavistische Ängste vor unbekanntem Fremden. Sie wurden als Eindringlinge wahrgenommen, die den Wohlstand bedrohten. Von den Bürger*innen, die sich mehr oder minder aggressiv zu Wort meldeten, wird gesagt, sie bildeten eine „radikalisierte utopielose Mitte“ der Gesellschaft Europas.⁷ Doch zumindest der Befund der Utopielosigkeit ist falsch. Für diese Mitte eröffnet sich eine *retrograde* oder *regressive* Utopie, ein Nicht-Ort von gestern. Sie will eine ‚eigene‘, abgegrenzte, identitäre und nationale Gesellschaft. Nach ‚Schließung‘ der Grenzen und nach Ausweisung und Rückschiebung aller nicht ‚assimilierten‘ und ökonomisch ‚unnützen‘ Fremden will sie ganz unter sich sein. So wie es nie war.

In dieser gespaltenen, konfliktreichen und aus diesen und anderen Gründen *angstbeladenen* Gesellschaft Europas entstand in den letzten Jahren eine empirisch-historische Forschung, die sich auf die Geschichte/n der Flüchtenden und Geflüchteten viel genauer einlässt als die ältere Soziologie der Migration. Ihr empirisches Wissen gewinnt sie vornehmlich aus Gesprächen mit Geflüchteten. Sie will den Geflüchteten eine Stimme im öffentlichen Diskurs verleihen; eine nicht unverdächtige Metapher. Diese neue, in mehrfachem Sinn *kommunikative* Sozialforschung findet vor allem in soziologischen, ethnologischen, politologischen, sozial- und tie-

fenpsychologischen Fächern statt. Auch die Methoden der Erhebung, Dokumentation, Interpretation und Analyse der Narrative der Geflüchteten und Migrant*innen kommen aus diesen Fächern. Die am häufigsten eingesetzte Forschungsmethode ist das methodisch geführte Gespräch, das Erinnerungen und Erzählungen über Erinnertes stimuliert und in mehreren fachspezifischen Varianten expliziert und erprobt worden ist. Zusätzlich werden auch Varianten des Experteninterviews mit „organischen Intellektuellen“ (Antonio Gramsci) unter den Geflüchteten und mit Mitarbeiter*innen der staatlichen und kommunalen Behörden und diverser NGOs geführt. Die Koppelung der Analyse und Interpretation der so gewonnenen Narrative (intentionale „Quellen“ im Sinne J.-G. Droysens) mit Analysen der öffentlichen Diskurse zählt inzwischen zum Standard. Die neue Fluchtforschung interessiert nicht nur, was den Geflüchteten an Anpassungs- und Integrationsleistungen aus der Sicht der Regierenden aufgetragen werden könnte, sondern auch wie die Geflüchteten die soziale Welt im Heimatland, ihre eigene Migration und Flucht und die damit verbundenen Gefahren, das Warten auf die Anerkennung als Asylant*in und das ihnen dann allenfalls gewährte Asyl wahrnehmen, wie sie in diesen Phasen und kritischen Momenten ihre Ressourcen und Kompetenzen einsetzen und ihr Leben gestalten, und nicht zuletzt welchen Beitrag sie als Bürger*innen der Aufnahmegesellschaft leisten können.

Infolgedessen gelangt die jüngere und jüngste Flucht-Forschung zu anderen Modellbildungen und Theorien als die ältere Migrationssoziologie und die Migrationsstudien der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte.⁸ Dennoch beginnt sie nicht bei Null und hat sich mit den Grundbegriffen und Theorien der Migration auseinanderzusetzen, die nach dem Ersten Weltkrieg entwickelt wurden: ‚Migration‘, ‚Arbeitsmigration‘, ‚Zwangsmigration‘, ‚Flucht‘, ‚Assimilation‘, ‚Absorption‘ und ‚Integration‘, um nur die bekanntesten zu nennen.⁹ Vor allem im Hinblick auf rezente Formen der Kombination von Flucht und Migration (Fluchtmigration) bedürfen sie nach unserer Überzeugung einer forschungsbasierten Revision.

Gewiss können etablierte Rahmenbegriffe wie ‚Migration‘ oder ‚Gewaltmigration‘ weiterhin benutzt werden, um qualitativ verschiedene Phänomene als benachbart und mit gewissen Schnittmengen zu erfassen. Doch kann dies auch wichtige Unterschiede verwischen. So wird dem ‚Flüchtling‘ im gouvernementalen Diskurs, im Streit der politischen Parteien und im Alltagsdiskurs dieselbe Pflicht zugewiesen wie dem/der ‚Wirtschaftsmigrant*in‘, nämlich sich im Aufnahmeland ehestmöglich ‚zu integrieren‘. Was aber unter Integration verstanden wird, bleibt unterbestimmt. Viele Politiker*innen und Bürger*innen verbinden damit die vage Vorstellung, Integration bewirke im gelingenden Fall die vollständige kulturelle Absorption oder Assimilation der Zuwander*innen und Flüchtlinge. Dieser Wunsch zieht die Annahme nach sich, dass nur eine beschränkte Zahl von Flüchtlingen integriert werden könne.

Niemand weiß, wie diese Zahl zu bestimmen wäre, und neuerlich ist es die Unbestimmtheit, die der nationalistischen Agitation in die Hände spielt. Parteien liefern sich einen Wettstreit, wer die strengere Flüchtlings-Abwehr-Politik zu Wege bringt. Aus den Flüchtenden werden Gegner, aus Flüchtlings- und Asylpolitik wird Verteidigungspolitik. Das kollektiv Unbewusste befeuert Gefühle und Rhetoriken der Xenophobie, des Rassismus und Chauvinismus. Die Feindseligkeit bricht wie eh und je in ‚unsagbaren‘ Witzen hervor.¹⁰ Gleichzeitig nimmt die Bereitschaft zur Militanz in ‚Verteidigung‘ der staatlichen und der europäischen Grenzen erheblich zu. Das bei vielen Bürger*innen ungeliebte Projekt der Europäischen Union erhält unversehens neue Popularität als Verteidigungsbündnis, das die Flüchtenden noch möglichst weit vor den eigenen Staatsgrenzen abfängt, interniert oder zurückschiebt.

Historisch-sozialwissenschaftliche Forschung kann gegen diese Entwicklungen zwei Einsätze leisten: zum einen als Wissens-, Rechts- und Institutionengeschichte, die zuletzt immer öfter als Diskursgeschichte angelegt ist und aufdecken will, wie Diskurse Wirklichkeiten mit erzeugen und was sie verzerren, unsichtbar machen oder verschweigen; zum anderen als historisch-sozialwissenschaftliche, qualitative und kommunikative Forschung, die untersucht, wie sich Flucht und Fluchtmigration und ein Leben im Aufnahme- oder Asylland fallspezifisch und *in praxi* vollziehen. Beide Einsätze finden sich in diesem Band.

In den letzten Jahren haben Sozial- und Geschichtswissenschaften ihre Bemühungen zur Kommunikation ihrer Forschungsprojekte und Ergebnisse deutlich erhöht, wohl weil es gar nicht einfach ist, sich als kritische Wissenschaft in der politischen Öffentlichkeit und gegen das weiter anwachsende Rauschen der Massenmedien Gehör zu verschaffen. 1982 wurde an der Universität Oxford ein *Refugee Studies Centre*¹¹ eingerichtet und das *Journal of Refugee Studies*¹² begann zu erscheinen. Mit einiger Verspätung bildeten im deutschsprachigen Raum 2013 über hundert Sozialwissenschaftler*innen das *Netzwerk Flüchtlingsforschung*, um einander und auch ein interessiertes Publikum über laufende Forschungen und Forschungspläne zu informieren.¹³ Das *Deutsche Institut für Entwicklungspolitik* (DIE)¹⁴ koordiniert einschlägige Forschungsprojekte. Eine Großtagung der *Deutschen Gesellschaft für Soziologie* wird demnächst Probleme der rezenten qualitativen Flucht- und Migrationsforschung verhandeln.¹⁵

In den Geschichtswissenschaften und ihren Vereinigungen gibt es bisher deutlich weniger vergleichbare Bemühungen. Doch zeigen die jüngsten Flucht-Geschehnisse auch hier eine gewisse Wirkung. Vor kurzem wurde die *Zeitschrift für Flüchtlingsforschung* gegründet, das erste Heft ist dieser Tage erschienen.¹⁶ Zwei der vier

Herausgeber*innen sind Historiker. In dem Forschungsprojekt „Flucht: Forschung und Transfer“, das vom deutschen *Bundesministerium für Bildung und Forschung* mit rund einer Million Euro für zwei Jahre finanziert wird, arbeitet ein Historiker mit. Im Dezember 2016 fand am *Institut für Zeitgeschichte München* eine große Tagung zum Thema Flucht statt.

Droysens Unterscheidung der archivierten, medial gebundenen von den *mitlebenden* ‚Quellen‘ ist – ebenso wie sein Argument, die ‚Quelle‘ sei narrativ und richte sich intentional stets an ein anwesendes oder imaginiertes Publikum, dem sie etwas mitteilen soll, worin sie sich von ‚Überresten‘ der Verwaltung oder der Wirtschaft unterscheide – beinahe in Vergessenheit geraten. Dabei wäre diese genaue Bestimmung der ‚Quelle‘ – aus heutiger Sicht – eine Brücke hin zur qualitativen Sozialforschung der Moderne gewesen. So wundert es nicht, dass Gespräche mit Migrant*innen, Flüchtenden und Geflüchteten, Fotos, Videos oder Berichte im Internet nach wie vor viel öfter von Politikwissenschaftler*innen und Soziolog*innen als von Historiker*innen genützt werden.

Doch auch die Geschichte der Geschichtswissenschaft ist nicht uniform und linear, sondern multipel und polyzentrisch. Seit der Gründung der *Österreichischen Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* im Jahr 1990 versuchen ihre Herausgeber*innen, den methodologischen Inter-Diskurs der Sozial- und Kulturwissenschaften zu ‚importieren‘ und dieses gar nicht bescheidene Vorhaben kündigten sie schon im allerersten Band der Zeitschrift unter dem Titel „Geschichte neu schreiben“ (1990/1) an. Es folgten Bände, die die Austauschbeziehung zwischen Geschichts-, Sozial- und Kulturwissenschaften forcierten und unterstützten, unter anderem die Bände „Klios Texte“ (1993/3), „Sprache macht Geschichte“ (1999/4) „Fragen an die Geschichtswissenschaften“ (2005/1), „Global History“ (2009/2), „Historische Netzwerkanalysen“ (2012/1) oder „Die Kinder des Staates“ (2014/1+2). Der vorliegende Band des 28. Jahrgangs setzt diese Bemühungen fort: Historiker und Soziologen rekonstruieren und analysieren rezente Fallgeschichten und entwerfen Typologien von Flucht und Vertreibung, Zwangsumsiedlung und Asyl. Politikwissenschaftler*innen und Jurist*innen untersuchen erfahrungs-, diskurs-, institutionen- und politikgeschichtlich die Entstehung und Veränderung der staatlichen und suprastaatlichen Reglementierung von Flucht und Asyl in Europa und in der Welt.

Einen Überblick über die Geschichte der „Gewaltmigration“ bietet der Historiker Jochen Oltmer vom *Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien* (IMIS) an der Universität Osnabrück. Die von ihm gewählte Begriffsklammer „Gewaltmigration“ umfasst erstens *Vertreibungen* aus ethnischen und rassistischen, politischen, religiösen und ökonomischen Gründen – oft im Zeichen einer ethnisch-rassistischen oder ethnisch-religiösen Homogenisierung der sog. ‚Bevölkerung‘ (das Phantasma der rassenhygienischen Bevölkerungspolitik und der gouverne-

mentalenen Herrschaft in der westlichen Moderne gleichermaßen); zweitens *Fluchten* aus Kriegen, autoritären, faschistischen und kommunistischen bzw. stalinistischen Staaten; und drittens *Rückwanderungen* von Evakuierten, Gefangenen, Geflüchteten, Deportierten und Vertriebenen in ihre Herkunftsländer seit dem Ersten Weltkrieg. Er untersucht also durchwegs Prozesse des 20. Jahrhunderts; dieses Jahrhundert stehe im Zeichen der Gewaltmigration.

Im Forum skizzieren Manfred Nowak und Antonia Walter die Durchsetzung der Menschenrechte und ihre Verbindungen mit staatlicher Flüchtlings- und Asylpolitik. Manfred Nowak ist Professor für internationales Recht und Menschenrechte an der Universität Wien und Generalsekretär des *European Inter-University Centre for Human Rights and Democratisation* (EIUC) in Venedig. Antonia Walter war bis vor kurzem Universitätsassistentin für internationales Recht und Menschenrechte an der Universität Wien und arbeitet derzeit an ihrer Dissertation zum Europäischen Flüchtlingsrecht. Wir haben Nowak und Walter eingeladen, die Leserschaft der OeZG in dieses rechts- und politikgeschichtliche Thema einzuführen. Besonders auch die praktisch-politische Erfahrung Manfred Nowaks als UNO-Sonderberichterstatter über Folter, der zahlreiche Flüchtlingslager in Griechenland und anderswo besucht und bewertet hat, führt ihn zu seinem Schluss-Argument: Eine gouvernementale Lösung des weltweiten Problems von Flucht, Migration und Asyl werde ohne die Errichtung einer sozioökonomischen Weltordnung, die die Gleichheit aller Menschen und das Menschenrecht respektiert, nicht zu haben sein.¹⁷

Warum die Genfer Flüchtlingskonvention aus dem Jahr 1951 nicht als ausreichend eingeschätzt und ein zweites Netz der Europäischen Union („subsidiärer Schutz“) – beschränkt wirksam ab dem Jahr 2004 – aufgespannt wurde, rekonstruiert der Globalhistoriker Sebastian Frik, der neben einem zweiten Studium der Rechtswissenschaften derzeit als Rechtsberater in Asyl- und Fremdenrechtsfragen tätig ist. Er rekonstruiert die mühsame Einigung der (damaligen) EU-Mitgliedsstaaten auf eine „Harmonisierung“ der nationalstaatlichen Schutzpolitik in Europa. Dafür schien es ihm notwendig, zunächst die Lücken im europäischen Asylsystem zu eruieren. Konzeptuelle Texte und Gesetze der EU-Schutzpolitik rekonstruiert er mit gewissen Einschränkungen diskursanalytisch. Im Ergebnis zeigt er, dass sich politische Eliten der west- und nordeuropäischen (skandinavischen) Länder stärker für den effizienten Schutz aller Geflüchteten eingesetzt haben als die Abgeordneten, Minister*innen und Regierungschef*innen der zentral- und ost- bzw. südosteuropäischen Länder, übereinstimmend mit jeweiligen Mehrheiten in den Wählerschaften ihrer Länder. Dies weist in unserer Lesart indirekt auf die in diesen Teilen Europas sehr verschieden und ungleichzeitig verlaufene Herausbildung demokratisch-republikanischer Bürgerlichkeit hin.

Drei weitere Beiträge bilden den zweiten, historisch-sozialwissenschaftlichen Teil des Bandes. Sie untersuchen Fluchtmigrationen aus dem Mittleren und Nahen Osten sowie Erfahrungen von Migrant*innen und Geflüchteten in arabischen, nordafrikanischen und europäischen Gast-, Transit- und Asylländern.

Der Soziologe Hendrik Hinrichsen vom *Methodenzentrum Sozialwissenschaften* der Universität Göttingen vergleicht zwei Generationen von Palästinenser*innen im Westjordanland in ihrem Umgang mit dem Ersten Arabisch-Israelischen Krieg (1947–1949) und der *Nakba*, so das arabische Wort für die „große Katastrophe“ der Flucht und Vertreibung von ca. 700.000 arabischen Palästinenser*innen aus dem früheren britischen Mandatsgebiet Palästina. Er gelangt zu dem Ergebnis, dass sich in den folgenden fast 70 Jahren hier auch zwei verschiedene Generationslagen (im Sinne Karl Mannheims) und verschiedene, politisch und sozialpsychologisch erklärbare Wir- und Ihr-Konstruktionen ausmachen lassen. So wird der Flüchtlings-Status in der zweiten Generation durch das identitätsstiftende Wir-Erlebnis der *Ersten Intifada* (1987–1993), den Aufstand gegen die israelische Militärbesatzung und Siedlungspolitik, überlagert. In einem Teil der dritten Generation, der Enkelkinder der *Nakba*-Generation, gewinnt das Selbst- und Wirbild „Wir Flüchtlinge“ gegenüber der zweiten Generation wieder an Bedeutung. Dieser Teil der dritten Generation konstruiert sich als die multipel benachteiligten Kämpfer*innen gegen die Besatzung und opponiert zugleich der bürokratischen Elite der palästinensischen Autonomieverwaltung und der urbanen Mittelschicht in den Städten des Westjordanlandes. In Abschattung vom israelisch-palästinensischen Konflikt, so lautet die historische Theorie des Autors sinngemäß, vollzog sich im Westjordanland eine durch die Besatzungs- und Siedlungspolitik des Staates Israel teils intentional mit erzeugte Segregation und Binnendifferenzierung. So entstand ein *generation gap*, der sozioökonomische und politische Folgen für die künftige Entwicklung eines möglichen palästinensischen Staates im Westjordanland, aber auch Potenzial für weitere Konflikte im Nahen und Mittleren Osten hat.

Arne Worm, wie Hinrichsen Soziologe und Mitglied desselben Forschungsteams an der Universität Göttingen (*Methodenzentrum Sozialwissenschaften*) unter Leitung von Gabriele Rosenthal, die seit vielen Jahren für eine qualitative Soziologie plädiert, die stärker historische Verläufe rekonstruiert,¹⁸ untersucht Migration und Flucht einer palästinensisch-syrischen Familie, deren Vorfahren aus dem ersten israelisch-palästinensischen Krieg nach Syrien geflohen waren. Viele Jahre später fliehen Angehörige der Familie vor den Bomben und Granaten, die das Assad-Regime auf syrische Städte und Dörfer werfen lässt. Sie migrieren und flüchten über Algerien, Marokko, die spanische Exklave Melilla und die spanische Halbinsel letztlich nach Süddeutschland, wo sie subsidiären Schutz erhalten.

Die Verknüpfung von mehreren Etappen der Migration und der Flucht zur ‚Flucht-migration‘ wird aus den Umständen einer mehrfachen soziopolitischen und sozio-ökonomischen Benachteiligung und aus den akuten Bedrohungen des syrischen Krieges erklärt. Die Familie hat syrische, palästinensische und algerische Vorfahren und Verwandte. Kontakte zu Verwandten weisen gewissermaßen den Migrations-Weg zuerst nach Syrien und viel später nach Algerien. Erinnerungen an die *Nakba* werden auch in diesem Fall durch (orale) Erzählungen wachgehalten, allerdings deutlich schwächer als in den von Hinrichsen untersuchten palästinensischen Gruppierungen im Westjordanland. Die Familie entscheidet sich für den Versuch, ihrer sozialen und politischen Marginalisierung in Syrien durch die Auswanderung nach Algerien zu entkommen und sich hier in einer Industriestadt durch Fabrikarbeit sozioökonomisch zu stabilisieren; als das Scheitern des Versuchs infolge zunehmender Diskriminierung nach und nach zur konsensualen Deutung der Eltern wird, entschließen sie sich, mit den Kindern nach Europa zu fliehen. Sie beauftragen den ältesten Sohn, mit dem jüngeren Bruder über die algerisch-marokkanische Grenze zu gehen und sich danach unter Arbeitsmigrant*innen des „kleinen Grenzverkehrs“ zwischen Marokko und Melilla zu mischen und sich in die spanische Exklave „zu schmuggeln“. Haben sie sich in Marokko als Marokkaner ausgegeben, legen sie in Melilla ihre syrische Herkunft offen, um einen Asylantrag auf (im politischen Sinn) europäischem Boden stellen zu können. Die den Söhnen übertragene Aufgabe ist es, diesen Fluchtweg auszuprobieren, ehe sich auch die Eltern auf denselben Weg machen. Die zwei illegalen Grenzübertritte bilden die gefährlichste Fluchtpassage.

Über die Analyse der Erzähltexte gelangt Arne Worm zur These einer (bis auf weiteres) „krisenhaft verdichteten Gegenwart“: Schon die Lebensbedingungen im Syrischen Krieg, die Migration von Syrien nach Algerien und die folgende Flucht über Marokko und Melilla nach Spanien binden alle Energien und erfordern rasches Reagieren auf Ereignisse, Hindernisse und akute Gefahren. Bis zu einer künftig möglichen (aber ungewissen) Restabilisierung in Süddeutschland treten die Vergangenheit und die fernere Zukunft der Familie hinter der subjektiv wahrgenommenen ‚Gegenwart‘ (im phänomenologischen Sinn Husserls) zurück, in der sich kaum strategische Zukunftspläne machen lassen.

Der Sozial- und Kulturhistoriker Reinhard Sieder und der in Syrien geborene, arabisch sprechende Politikwissenschaftler mit arabischen und kurdischen Vorfahren, Badran Farwati, rekonstruieren und analysieren die Ursachen und Dynamiken von Fluchtmigrationen syrisch-arabischer und syrisch-kurdischer Mediziner*innen und Pharmazeut*innen nach Österreich und nach Wien samt ihren zwei oder drei Generationen zurückreichenden, oral überlieferten Vorgeschichten. Von dem palästinensisch-syrisch-algerischen Arbeitermilieu, das Arne Worm untersucht, unterscheidet die syrisch-arabischen Ärzt*innen und Pharmazeut*innen v. a. ihre akade-

mische Professionalität, ihre ökonomischen und sozial-kulturellen Ressourcen, ihre vorgängigen Reiseerfahrungen und die Art ihrer professionellen Berufsmigrationen im arabischen Raum sowie die darüber aufgebauten privaten und professionellen Netzwerke. All dies ermöglicht es, legale und sichere Ausreisen mit den ihnen durch die europäische „Flüchtlingspolitik“ aufgezwungenen, gefährlichen Sequenzen der illegalisierten Flucht zu kombinieren und Sicherheit vor kriegerischer und terroristischer Gewalt und ein gutes Leben in einem europäischen Sozialstaat zu erlangen. Ist dies gelungen, treten umgehend weitere Ziele in den Blick, so v. a. die berufliche Etablierung im Asylland. Aber auch das in die weitere Zukunft weisende Ziel einer möglichst guten Bildung und Ausbildung der Kinder bleibt über den gesamten Verlauf von Flucht und Migration hinweg handlungsorientierend. Eine Rückkehr nach Syrien ist für einige eine Option, setzt aber das Ende des Krieges und einen Regime- und Politikwechsel in Syrien voraus.

Weitaus stärker akzentuiert als bei der palästinensischen Familie, deren Fluchtmigration Worm untersucht, ist bei den syrisch-arabischen Ärzt*innen und Pharmazeut*innen und ihren Ehepartner*innen der Fokus auf die bestmögliche Bildung und Ausbildung der Kinder, ganz überwiegend im medizinisch-pharmazeutischen Berufsfeld, womit eine oft schon zwei oder drei Generationen zurückreichende Familientradition fortgeführt wird. Diese eminente Berufsorientierung integriert die Vergangenheit und die Zukunftspläne in einem klassen- und (berufs)standesspezifischen, mehrgenerationalen Projekt. Allerdings werden dafür auch geschlechtsspezifisch Opfer gebracht: In einigen Fällen stellen Ehefrauen ihre eigenen Wünsche auf die Fortsetzung oder die erstmalige Aufnahme einer qualifizierten Erwerbsarbeit zurück, weil sie meinen, sich ganz auf den Haushalt und die Betreuung der Kinder konzentrieren zu müssen, um das wichtigste Zukunftsprojekt auch unter den Umständen des Asyls zu sichern. In allen diesen Fällen kann von einer ausgeprägten kurz- und mittelfristigen Zukunftsperspektive – auch nach erfolgter Fluchtmigration – gesprochen werden, obgleich eine Rückkehr nach Syrien von nicht abschätzbaren politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Syrien abhängt und bis auf weiteres offenbleibt.

Die sukzessive und variantenreiche Kombination von legalisierten und illegalisierten Strategien der Ausreise aus Kriegs- und Krisengebieten und legalisierten und illegalisierten Strategien der Einreise in ein anderes Land ist das Alleinstellungsmerkmal der ‚Fluchtmigration‘. In keiner der drei empirischen Studien fand sich eine totale kulturelle Absorption der Geflüchteten im Asylland, stattdessen die Adaption an die alltagskulturellen, sprachlichen und professionellen Anforderun-

gen. Dies bei einer unterschiedlich selbstsicheren oder stolzen Pflege der Herkunftskultur. Die Aneignung von hegemonialen kulturellen Elementen im jeweiligen Gast-, Transit- oder Asyl-land (wie die Sprache, die Sitten, die symbolischen Formen der Sozietät, der Wirtschaft und der Politik etc.) erfolgt jeweils ‚nur‘ insoweit, als sie den Zugewanderten und Geflüchteten nützlich und notwendig erscheint, d. h. einen Gewinn von Ressourcen für ein sicheres und gutes Leben ‚jetzt‘ und in der Zukunft verspricht. Die ‚kompetente Partizipation‘ (S. N. Eisenstadt) der Akteur*innen am Gemeinwesen wird *nicht* unterbrochen oder gar abgebrochen. Die Flüchtenden partizipieren an den Gemeinwesen in ihren Herkunftsländern, an der temporären Fluchtgemeinschaft, an Gemeinschaften und Netzwerken in Transit-, Aufnahme- und Asylländern, sowie im spezifischen Fall der Ärzt*innen und Pharmazeut*innen auch am System der medizinischen Professionen. ‚Kompetente Partizipation‘ stellt sich in allen untersuchten Fällen als eine Strategie heraus, die gesetzten Fluchtziele zu erreichen: Sie verringert die Gefahren der illegalisierten, aber unumgänglichen Fluchtpassagen, wobei die Intention, die Gefahren möglichst zu minimieren, bei allen Akteur*innen zu beobachten ist; sie stabilisiert das leibliche Wohlbefinden nach Phasen der Verzweiflung, körperlichen Erkrankung, des Pessimismus oder der Depression; nicht zuletzt fördert und ermöglicht sie die private und die berufliche Adaption im Asyl-land.

Sehr deutlich zeigt sich eine Differenzierung der ‚kompetenten Partizipation‘ nach dem Geschlecht, aber auch nach der Generation und der sozioökonomischen Lage der Akteur*innen und der Familien: Männer partizipieren umso stärker und erfolgreicher, je höher ihre Bildung und Ausbildung und je angesehener ihr Beruf ist. Frauen mit geringerer oder fehlender Berufsausbildung partizipieren eher am informellen Bereich von Familienleben und Nachbarschaft. Hochriskante Partizipationen an Gemeinwesen in einem autoritären und kriegführenden Herkunftsland (so auf der Seite der bürgerlichen oder der islamistischen Opposition gegen das syrische Regime) und auf den gefährlichen Passagen der Flucht-Migration werden eher von jüngeren als von älteren Männern, eher von Männern als von Frauen, und eher von Ärmern als von Wohlhabenden gewählt. Frauen bevorzugen – oft mit Kindern reisend – die möglichst risikoarmen Wege der legalen „Familienzusammenführung“. Diese setzt einen männlichen Flucht-Pionier voraus, der auch gefährlichere oder mühsamere Wege geht und nach dem Erhalt des Asyl-Bescheids den Antrag auf Familienzusammenführung stellt. Am besten können gut gebildete und ausgebildete, relativ jüngere Männer aus bürgerlich-akademischen Familien die mit der Fluchtmigration verbundenen Ziele strategisch planen und erreichen. Sie setzen dabei auf ökonomische, soziale, kulturelle (v. a. sprachliche) und wissenschaftliche bzw. berufsspezifische Kapitalien, die sie und ihre Väter und Großväter akkumuliert haben.

Hingegen haben im Herkunfts-Staat mehrfach benachteiligte Gruppen – syrisch-kurdische Ärzt*innen und Pharmazeut*innen und palästinensische Familien im Westjordanland wie auch im syrischen, irakischen oder algerischen Exil – deutlich weniger Ressourcen und größere Schwierigkeiten, ihre Strategien der Fluchtmigration erfolgreich zu realisieren. Der gleichsam ‚vererbte‘ Status der Palästinenser*innen als „Flüchtlinge“ im Westjordanland oder in Syrien, oder der ‚vererbte‘ Status der „fremden“ und „staatenlosen“, oft nur geduldeten Kurd*innen im syrischen Staat bleiben auch im Verlauf der Studien- und der Arbeitsmigration, der Fluchtmigration und im Asylland wirksam. Palästinensische und kurdische Personen und Familien haben es in der Folge auch oft deutlich schwerer, im Transit- oder im Asylland als potenzielle Mitbürger*innen anerkannt und respektiert zu werden.

Auf ein globales Migrations-Phänomen soll noch kurz hingewiesen werden, da es bestimmte Merkmale mit den hier untersuchten Fällen der Fluchtmigration und der skizzierten Theorie gemeinsam hat. Schon im frühen 20. Jahrhundert, noch ausgeprägter aber seit den 1970er und 1980er Jahren entstand durch weitere Schübe sozioökonomischer Globalisierung eine *transnationale* und *zirkuläre* (auch: *zirkulierende*) Migration.¹⁹ Menschen aus Südamerika, Mexiko, den Philippinen, Indien, Pakistan, Afghanistan, Myanmar u. a. Ländern wandern aus, um anderswo Erwerbsarbeit und ein besseres Auskommen zu finden, ohne aber das ‚klassische‘ Muster der Migration – vor allem von der US-amerikanischen Migrationssoziologie im Kontext einer selektiven US-Einwanderungspolitik beschrieben und theoretisiert – zu wiederholen. Sie wandern nicht aus mit dem Ziel, ‚für immer‘ im Zielland zu bleiben und sich in jeder Hinsicht in die Gesellschaft dieses Landes zu integrieren bzw. zu akkulturieren. Zyklisch Migrierende werden nicht kulturell absorbiert, sondern adaptieren sich an die Verhältnisse des Gastlandes, soweit es unbedingt nötig ist und ihren eigenen Interessen nützt. Dies gilt zumindest für die erste Generation. Viele leben in mikro- und meso-sozialen Sozietäten, die oft ethnische Enklaven im Gastland sind. Sie bilden transnationale Netzwerke und Familiensysteme, manche Autor*innen sprechen sogar von „transnationalen Identitäten“. In ihren Enklaven pflegen Chines*innen in New York, Mexikaner*innen in Kalifornien, Marokkaner*innen und Algerier*innen in Frankreich oder Deutschland oder Philippinos in der Hochseeschifffahrt und in der Meeresfischerei, Philippinas im Gesundheitsdienst europäischer, nordamerikanischer und asiatischer Kommunen und in zahllosen bürgerlichen Haushalten²⁰ ihren kulturellen Bestand an Symbolen, Familienfesten und Alltagspraktiken. Immer wieder („zyklisch“ oder „zirkulie-

rend“) kehren sie in ihre Herkunftsländer und Heimatgemeinden zurück und unterhalten über die jeweils neuesten und tauglichsten Kommunikationsmedien enge Beziehungen zu ihren Eltern, Kindern, Verwandten, Freunden und Gemeinden im Herkunftsland. Aus den Ersparnissen errichten sie Häuser in ihren Heimatorten, die halb leer stehen, solange sie zirkulierend migrieren. Mit ihren Besuchen, Geschenken und regelmäßig überwiesenen Spenden an Kirchen, Schulen und Krankenhäuser wie auch mit Geldzahlungen an Eltern und andere Verwandte wollen sie für sich selber einen respektierten Platz in der Heimatgemeinde sichern, bis sie am Ende ihres Berufslebens möglicherweise für immer zurückkehren.²¹

Einige dieser Merkmale finden wir auch bei *Fluchtmigrant*innen* aus den Kriegsregionen des Nahen und Mittleren Ostens. Unterschiede machen das Spezifische der Fluchtmigration noch einmal deutlich. Auch Fluchtmigrant*innen schließen eine Rückkehr in ihre Herkunftsländer keineswegs aus und auch sie halten ihre Beziehungen zu Verwandten und Bekannten im Herkunftsland und in anderen Teilen der Welt aufrecht. So entsteht, was wir die *Diaspora* der Fluchtmigrant*innen nennen können: ein transnationales Netzwerk von Verwandten, Freunden und Bekannten mit materiellen und ideellen (auch religiösen) und idealiter reziproken Austausch von Wissen und Deutungen, Nachrichten, sozialen Zuwendungen und materiellen Gütern. Die Diaspora ist die kommunikative Reproduktion einer soziokulturellen Zugehörigkeit. Da Geflüchtete in westlichen Aufnahmeländern oft zunächst keinen oder nur beschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt haben, fehlt es ihnen jedoch an Einkommen, um regelmäßig Ersparnisse, Geschenke oder Konsumartikel an die Angehörigen im Heimatland zu schicken. Ungewiss ist, ob und wann eine Rückkehr in das Herkunftsland oder in den Heimatort möglich sein wird. Die oft lange anhaltende sozioökonomische Prekarisierung der Geflüchteten unterscheidet sie von zyklisch migrierenden Menschen. Zwar könnte die Fluchtmigration nach dem Ende kriegerischer Handlungen oder nach einem Regimewechsel im Heimatland ihre begründenden Motive verlieren und das Asyl in eine endgültige Rückkehr oder in eine zirkulierende Migration übergehen. Doch letzteres setzt voraus, dass Fluchtmigrant*innen spätestens in der zweiten oder dritten Generation im Aufnahmeland Erwerbsarbeit und ausreichende Einkommen finden, mit denen sie nach dem auch subjektiv höher bewerteten Muster der zirkulierenden Migrant*innen sowohl in ihr Leben im Erwerbsland als auch in Clan- und Familiensysteme in ihren Herkunftsorten investieren. Dies wäre dann – in konventionellen Begriffen der Migrationssoziologie gesprochen – eine *doppelte* „institutionelle Integration“²² und eine sozioökonomische Beteiligung an der Aufnahmegesellschaft als auch ein Transfer von sozioökonomischen Ressourcen in die Herkunftsgesellschaft.

Hinter den politischen Ritualen und Inszenierungen auf der Vorderbühne der Nationalstaaten entwickeln sich global und weltregional ökonomische und ökologische Wirkungszusammenhänge, die Flucht, Vertreibung und Migration im großen Maßstab auslösen oder fördern. Von Flucht bzw. Fluchtmigration, Vertreibung und politischem Asyl sind derzeit weltweit etwa 65 Millionen Menschen unmittelbar selber betroffen.²³ (Die Gesamtzahl der Migrant*innen hingegen beläuft sich weltweit auf geschätzte 300 Millionen.) Menschen flüchten aus umkämpften Zonen und aus mangelnder Versorgungssicherheit. Sie flüchten aber auch aus den relativ ärmsten Regionen der Welt. Armut ist nicht nur wirtschaftliche Armut, sondern auch damit verbundene Bildungsarmut, der fehlende oder unzulängliche Zugang zu Kommunikations- und Produktions-Technologien und zu Fachwissen; auch krankmachende und lebensverkürzende Wohn-, Arbeits- und Ernährungsverhältnisse erzeugen Armut. Armut kann Flucht und Migration über weitere Distanzen auch behindern, die Ärmsten sind oft gezwungen zu bleiben. Das gilt auch für Kriegsregionen wie für syrische Städte und Dörfer. Der *Human Development Index* (HDI) misst die Qualität der Lebensverhältnisse an den Faktoren Lebenserwartung zur Zeit der Geburt, erwartete Schulzeit und durchschnittliche Anzahl der absolvierten Schuljahre sowie Bruttonationaleinkommen pro Kopf (*gross national income per capita*). In diesem relativ vernünftig erstellten Index liegen die Hauptherkunftsländer von geflüchteten bzw. fluchtmigrierten Menschen im letzten Drittel des Rankings, etwa zwischen den Rängen 134 (Syrien) und 188 (Niger); für den vollständig gescheiterten Staat Somalia liegen keine Daten vor.

Fluchtmigrant*innen treffen in Staaten und Sozietäten ein, die sich ihrer selbst derzeit alles andere als sicher sind. Oliver Nachtweih spricht – auf den europäischen und nordamerikanischen Westen bezogen – von „Abstiegsgesellschaften“ und von Gesellschaften einer „regressiven Moderne“.²⁴ Dieser Aspekt sollte in künftigen Untersuchungen zur Geschichte von Flucht und Asyl noch stärker beachtet werden, gehen doch die aktuellen Feindseligkeiten gegen Geflüchtete wie schon in früherer Zeit vornehmlich aus Ängsten und Aggressionen hervor. Zur Krise unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg und zur Weltwirtschaftskrise um 1930 bestehen Ähnlichkeiten, aber auch Unterschiede. Auffällig ist, dass sich heute im US-amerikanischen *Rust Belt*, dem früheren *Manufacturing Belt*, in den Industriebranchen der ehemaligen DDR oder in den teils proletarischen Vorstädten von Wien auffällig viele Arbeiter*innen und kleine Angestellte und Gewerbetreibende von „Ausländern“ im allgemeinen und besonders von Fluchtmigrant*innen bedroht fühlen, selbst wenn sie selber vor Jahren oder Jahrzehnten migriert sind oder ihre Eltern, Großeltern oder Urgroßeltern „Migrationshintergrund“ haben. Dies motiviert sie, chauvinistischen, rassistischen und nationalistischen Führer*innen zu folgen, die die Wieder-

herstellung der „nationalen Stärke“ versprechen, was u. a. die Abwehr „der Fremden“ impliziert.

Angesichts der großen Zahl wanderungs- und fluchtbereiter Menschen in Teilen Afrikas, des Nahen und des Mittleren Ostens und Teilen Asiens steht somit auch der so mühsam erreichte Kompromiss der europäischen und der UN-Flüchtlingspolitik in Frage. Einige Länder Europas und Nordamerikas scheinen auf dem Weg zu Volksdemokratien oder plebiszitären Führerstaaten. Europäische Nationalist*innen setzen das Staatsvolk mit der ethnisch definierten Nation gleich, und wer ihnen wie unlängst die deutsche Kanzlerin Merkel widerspricht und republikanisch argumentiert, das Volk seien doch wohl alle, die im Land leben und arbeiten, erntet einen Shitstorm der „radikalisierten Mitte“.

Wie mächtig die Neuerfindung des Nationalen derzeit ist, zeigt auch die Tatsache, dass einige westliche Regierungen gegen die objektiven Interessen der globalisierten Teile der Wirtschaft auftreten: Sie predigen einen Wirtschaftsnationalismus mit autoritären und rassistischen Zügen.²⁵ Offenbar finden sie dafür die Zustimmung vieler, die es mit ihrer Erwerbsarbeit über die Jahre zu etwas Wohlstand gebracht haben, aber nun wirtschaftliche Nachteile erleiden. Sie sehen ihre kleinen Besitztümer bedroht und ermächtigen populistische Führer*innen, Geflüchtete ein- oder auszusperren, weil sie meinen, nur so ihren relativen Wohlstand behalten zu können. Diesen Wohlstand ausgerechnet an ‚Flüchtlinge‘ zu verlieren ist keine reale oder objektive Bedrohung. Es ist eine infantile Angst und erinnert an kleinbürgerliche und proletarisierte Anhänger*innen des Nationalsozialismus in den 1930er Jahren.

Reinhard Sieder, Wien

Anmerkungen

- 1 Vgl. La trampa serbia. Fotoensayo por Manu Brabo, in: El País Semanal, No. 2.119, 7. Mai 2017, 39–45; Margaretha Kopeinig, Asylcamp in Ungarn: „Das hier ist ein Gefängnis“. An der ungarisch-serbischen Grenze in Röszke warten Flüchtlinge *eingesperrt* ihre Asylverfahren ab, in: Kurier.at, 9.5.2017.
- 2 ‚Gouvernementalität‘ bzw. ‚gouvernemental‘ wurde in den Sozial- und Geschichtswissenschaften erst in den letzten Jahrzehnten unter Bezugnahme auf Michel Foucault eingeführt. Dieser schreibt: „Unter Gouvernentalität verstehe ich die Gesamtheit, gebildet aus den Institutionen, den Verfahren, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken, die es gestatten, diese recht spezifische und doch komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als Hauptwissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat. (...) Schließlich glaube ich, dass man unter Gouvernentalität (...) das Ergebnis des Vorgangs verstehen sollte, durch den der Gerechtigkeitsstaat des Mittelalters, der im 15. und 16. Jahrhundert zum Verwaltungsstaat geworden ist, sich Schritt für Schritt ‚gouvernentalisiert‘ hat. (...) Wir leben im Zeitalter der Gouvernentalität (...).“ Michel Foucault, *Analytik der Macht*, Frankfurt am Main 2005, 171 f.

- 3 Einführend: Petrus Han, *Soziologie der Migration. Erklärungsmodelle. Fakten. Politische Konsequenzen. Perspektiven.* 13 Tabellen und 7 Übersichten, Stuttgart 2000, 4. erweiterte Aufl., (eBook). In der vorliegenden Zeitschrift vgl. Sigrid Wadauer, Hg., *Historische Migrationsforschung. Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 19 (2008) Heft 1; für einen globalen Vergleich vgl. Dirk Hoerder, *Cultures in Contact. World Migrations in the Second Millennium*, Durham 2002. Zuletzt einführend Petra Aigner, *Migrationssoziologie. Eine Einführung*, Springer (eBook) DOI 10.1007/978-3-531-18999-4, Wiesbaden 2017; Christian J. Jäggi, *Migration und Flucht. Wirtschaftliche Aspekte – regionale Hot Spots – Dynamiken – Lösungsansätze*, SpringerGabler (eBook) DOI 10.1007/978-3-658-13147-0, Wiesbaden 2016.
- 4 Vgl. Shmuel N. Eisenstadt, *The Absorption of Immigrants. A Comparative Study. Based Mainly on the Jewish Community in Palestine and the State of Israel*, London 1954; ders., *Analysis of Patterns of Immigration and Absorption of Immigrants*, in: *Population Studies* 7 (1953), 167–180.
- 5 Vgl. v. a. Homi K. Bhabha, *Die Verortung der Kultur. Mit einem Vorwort von Elisabeth Bronfen.* Deutsche Übersetzung von Michael Schiffmann und Jürgen Frendl, 1. Aufl. 2000, unveränderter Nachdruck Tübingen 2007; ders., *Über kulturelle Hybridität. Tradition und Übersetzung.* Herausgegeben und eingeleitet von Anna Babka und Gerald Posselt, Wien 2012; einführend Karen Struve, *Zur Aktualität von Homi K. Bhabha. Einleitung in sein Werk*, Wiesbaden 2013.
- 6 Vgl. u. a. Rolf Peter Sieferle, *Das Migrationsproblem: Über die Unvereinbarkeit von Sozialstaat und Masseneinwanderung: 1 (Die Werkreihe von Tumult)*, Kindle Edition 2017 (Nr. 92, Politik & Geschichte).
- 7 Vgl. Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler, *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger Mitte-Studie 2016*, Gießen 2016.
- 8 Vgl. Alexander Betts, *Forced Migration Studies: ‚Who Are We and Where are We Going?‘*, in: *Journal of Refugee Studies* 23/2 (2010), 260–269; J. Olaf Kleist, *Über Flucht forschen. Herausforderungen der Flüchtlingsforschung*, in: *Peripherie* 35/138–139 (2015), 150–169.
- 9 Vgl. Han, *Soziologie der Migration. Für die Sozial- und Politikgeschichte der Migration* vgl. Klaus J. Bade, Peter C. Emmer, Leo Lucassen, Jochen Oltmer, Hg., *Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Paderborn 2007; Klaus J. Bade, *Sozialhistorische Migrationsforschung*, Göttingen 2004.
- 10 Vgl. Karl Fallend, *(Un)Verschämt – Ersparter Hemmungsaufwand. Nationalsozialismus, Antisemitismus im Witz von heute in Österreich* in: ders., *Unbewusste Zeitgeschichte. Psychoanalyse – Nationalsozialismus – Folgen*, Wien 2016, 69–87.
- 11 Vgl. www.rsc.ox.ac.uk
- 12 *Journal of Refugee Studies*: „(...) provides a forum for exploration of the complex problems of forced migration and national, regional and international responses. The *Journal* covers all categories of forcibly displaced people. Contributions that develop theoretical understandings of forced migration, or advanced knowledge of concepts, policies and practice are welcomed from both academics and practitioners. *Journal of Refugee Studies* is a multidisciplinary peer-reviewed journal, and is published in association with the Refugee Studies Centre, University of Oxford.“ Ebd.
- 13 Vgl. fluechtlingsforschung.net
- 14 Vgl. <https://jrf.nrw/2016/06/jrf-flucht-migration-integration/>
- 15 Tagung/Open Space zum Thema „Qualitative Migrationsforschung heute – Ein Open Space für aktuelle Themen und Methoden“, in Kooperation der Sektionen Methoden der qualitativen Sozialforschung, Biographieforschung, Migration und ethnische Minderheiten der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) sowie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), 21.–22. September 2017, Humboldt-Universität zu Berlin.
- 16 *Z’Flucht. Zeitschrift für Flüchtlingsforschung. The German Journal for Refugee Studies.* Zuflucht. nomos.de. Redaktion: Ulrike Krause. Zentrum für Konfliktforschung, Philipps-Universität Marburg, Ketzlerbach 11, 35032 Marburg. Email: zflucht@fluechtlingsforschung.net. Jahrgang 1 (2017), Heft 1, DOI: 10.5771/2509-9485-2017-1.
- 17 Diese Conclusio wird näher ausgeführt in: Manfred Nowak, *Menschenrechte. Eine Antwort auf die wachsende ökonomische Ungleichheit*, Wien/Hamburg 2015.

- 18 Vgl. Gabriele Rosenthal, A Plea for a More Interpretative, More Empirical and More Historical Sociology, in: Devorah Kalekin-Fishman/Ann Denis, Hg., *The Shape of Sociology for the Twenty-First Century. Tradition and Renewal*, London 2012, 202–217.
- 19 Vgl. Linda Basch, Cristina Blanc-Szanton, Nina Glick-Schiller, *Towards a Transnational Perspective on Migration. Race, Class, Ethnicity, and Nationalism Reconsidered* (Annals of the New York Academy of Sciences), New York 1992.
- 20 Vgl. Odine de Guzman, *Families in Transition. Gender, Migration, and the Romance of the ‚Filipino Family‘*, in: Yoko Hayami u. a., Hg., *The Family in Flux in Southeast Asia. Institution, Ideology, Practice*, Kyoto 2012, 387–410.
- 21 Das Konzept der „Transnationalität“ wurde v. a. in der ethnologischen Migrationsforschung entwickelt. Das Präfix ‚Trans‘ steht für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verflechtungen und Transfers, die durch die zyklische Migration zwischen zwei oder mehr Sozietäten fortlaufend hergestellt werden. Forschungsgeschichtlich wurde damit ein Impuls gesetzt, Phänomene der Migration nicht nur aus der zentristischen Perspektive des Aufnahmelandes zu konstruieren. Dieser Ansatz könnte auch für die jüngere Fluchtforschung wegweisend sein. Vgl. Basch u. a., *Transnational Perspective*; Nina Glick-Schiller, Linda Basch, Cristina Blanc-Szanton, *Transnationalismus. Ein neuer analytischer Rahmen zum Verständnis von Migration*, in: *Transkulturalität. Klassische Texte*, hg. v. Andreas Langenohl, Ralph Poole, Manfred Weinberg, Bielefeld 2015, 139 ff.; zur eminenten Geschlechtsspezifität transkultureller Migration vgl. Senganata A. Münst, *Migration und Geschlechterkritik. Feministische Perspektiven auf die Einwanderungsgesellschaft*, in: *Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 1 (2008), 41–54.
- 22 Vgl. Eisenstadt, *Analysis*, 170.
- 23 UNHCR (2016), *Global Trends. Jährlicher Statistikbericht*. (<http://www.unhcr.org/en-us/the-global-report.html>). (Zugriff: 23. 6. 2016).
- 24 Vgl. Oliver Nachtwey, *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, 5. Aufl. Berlin 2017. Nachtwey untersucht und begründet dies vor allem für Deutschland, weitet die Perspektive aber in einem Schlusskapitel auf andere europäische Länder, insbesondere auch auf jene des europäischen Südens.
- 25 Die Diskussion darüber wird auch von den Institutionen der kapitalistischen Weltwirtschaft wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) geführt. Vgl. Winand von Petersdorff, *IWF warnt vor Wirtschaftsnationalismus*, FAZ.net vom 15. Mai 2017. Die *Financial Times*, Stimme des britischen und europäischen Finanzkapitals, warnte unlängst: Bei dem Wirtschaftsnationalismus der neuen US-Regierung und anderer Staaten handle es sich nicht nur – wie viele meinen – um den persönlichen Wahn einzelner Politiker und ihrer Chefberater. Vielmehr sei es die Fortsetzung eines Trends der letzten Jahre, der nun durch den Auftritt autoritärer Persönlichkeiten wie Donald Trump, Viktor Orbán, Jarosław Kaczyński, Marine Le Pen u. a. deutlicher hervortrete.